

Zürich und Oberrieden, 25. August 2008

KR-Nr. 276/2008

POSTULAT von Kaspar Bütikofer (AL, Zürich), Raphael Golta (SP, Zürich) und Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden)

betreffend Ausgleich der kalten Progression auf 2009

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die kalte Progression bereits auf das Steuerjahr 2009 auszugleichen.

Kaspar Bütikofer
Raphael Golta
Ralf Margreiter

Begründung:

Das Zürcher Steuergesetz vom 8. Juni 1997 regelt in Paragraph 48 Absatz 2 den Ausgleich der kalten Progression.

Der Ausgleich erfolgt spätestens auf den Beginn der folgenden Steuerfussperiode, wenn sich der Landesindex der Konsumentenpreise seit der letzten Anpassung bis Ende Mai des vorangehenden Kalenderjahres um 7 Prozent erhöht hat. Der Regierungsrat kann jedoch den Ausgleich schon ab 4 Prozent auf einen früheren Zeitpunkt vornehmen.

Der Ausgleich der kalten Progression ist - wenn die Voraussetzung erfüllt ist - zwingend. Der Regierungsrat hat Gestaltungsspielraum lediglich insofern, als er schon ab einer kumulierten Teuerung von 4 Prozent eine Anpassung vornehmen kann.

Bereits heute beträgt die aufgelaufene Teuerung seit dem letzten Ausgleich vom 25. August 2003 (Index vom Dez. 2001 = 148.8 [Basis 1982]; Index vom Mai 2008 = 161.5) 8.53 Prozent. Das Bundesamt für Statistik prognostiziert für 2008 eine Teuerung von 2.5 Prozent und für 2009 eine Teuerung von 1.3 Prozent (Stand: Juni 2008).

Gemäss Steuergesetz müsste der Regierungsrat spätestens auf das Jahr 2010 automatisch die kalte Progression ausgleichen. Diese Anpassung vorzuziehen, drängt sich indes auf: Die Zürcher Bevölkerung trägt schwer an der Teuerung der letzten Jahre. Eine Möglichkeit der Zürcher Regierung, auf das Problem zu reagieren, ist ein umgehender Ausgleich der kalten Progression bei den Steuern. Jetzt ist der ideale Zeitpunkt, diesen Schritt zu vollziehen.

Ausserdem soll die anstehende Debatte zur «Steuerstrategie» des Regierungsrates vom Ausgleich der kalten Progression entkoppelt werden - das eine hat sachlich mit dem anderen nichts zu tun.

Begründung der Dringlichkeit:

Für die Budgetdebatte 2009 und für die Planungen des Steueramtes müssen rechtzeitig die Weichen gestellt und Entscheide gefällt werden.

276/2008